

NRW / Städte / Rheinberg

Sorge in Rheinberg um Erweiterungspläne

## Info-Abend zu Salzabbau erneut überfüllt

28. Januar 2020 um 20:10 Uhr | Lesedauer: 2 Minuten



Knapp eine halbe Stunde vor Beginn der Versammlung in der Gaststätte Zur Post mussten die Türen geschlossen werden. Die 200 Sitzplätze in dem Saal waren bereits belegt. Foto: Fischer, Armin (arfi)

**Rheinberg/Alpen/Xanten. Das Interesse an der Versammlung der Bürgerinitiative Bergbaugeschädigter war in Borth – wie zuvor in Xanten – so groß, dass der Platz bei weitem nicht reichte. Nun sie die Kommunen gefordert.**

---

Von Peter Kummer

---

Zwei Info-Veranstaltungen hat die Bürgerinitiative (BI) Salzbergbaugeschädigter in den vergangenen Wochen zur geplanten Erweiterung des unterirdischen Abbaubereiches bereits angeboten, beide Male waren die Säle frühzeitig so gefüllt, dass weitere Zuhörer abgewiesen werden mussten. Jetzt seien die Kommunen in der Pflicht, sagte der Vorsitzende Torsten Schäfer auf der Versammlung in der Borthener Gaststätte Zur Post.

Über 100 Menschen habe man an diesem Abend wieder nach Hause schicken müssen, weil aus Sicherheitsgründen nicht mehr erlaubt waren. „Gasthöfe haben zu wenig Platz. Der Zulauf spiegelt die große Besorgnis in der Bevölkerung vor den Folgen des Abbaus wider.“ Schäfer forderte direkt am nächsten Tag über die Homepage der Initiative die Städte Rheinberg und Xanten sowie die Gemeinde Alpen auf, kurzfristig eigene Info-Veranstaltungen in entsprechend großen Räumen zu organisieren. In Xanten sind die Vorbereitungen hierfür bereits angelaufen.

## INFO

### Homepage gibt Infos über Abbaugebiete

**Präsentation** Die Bürgerinitiative der Salzbergbaugeschädigten hat eine ausführliche Info-Präsentation zum unterirdischen Rohstoffabbau in Rheinberg, Alpen und Xanten auf ihrer Homepage unter dem Fenster „Neue Abbaugebiete“ eingestellt. Die Homepage selbst ist erreichbar unter

[www.salzbergbaugeschaedigte.de](http://www.salzbergbaugeschaedigte.de)

Zugleich rief Schäfer alle auf, verstärkt die Lokalpolitiker in den Ortschaften anzusprechen und so weiteren Druck aufzubauen. „Stellen Sie Fragen. Machen Sie deutlich, dass Sie erwarten, dass die politischen Vertreter den Sachverhalt in Ihrem Sinne klären. In diesem Jahr sind Kommunalwahlen.“ Außerdem riet er dazu, schon im Planfeststellungsverfahren über eine Erweiterung der Abbaugebiete Einwände zu Protokoll zu geben. Andernfalls gebe es später keine Möglichkeiten, gegen den Planfeststellungsbeschluss zu klagen.

Man bekenne sich zum Abbau von Rohstoffen, betonte BI-Vorstandsmitglied Karl Krebber-Hortmann. „Aber die Randbedingungen müssen auch stimmen.“ Was nach Darstellung der Bürgerinitiative nicht der Fall ist. Einer ihrer Hauptkritikpunkte ist die Weigerung der Salzabbauunternehmen, einer unabhängigen Schlichtungsstelle beizutreten. Bisher beauftragen die Unternehmen die Gutachter mit der Untersuchung von Schäden an Haus und Grund. „Eine Neutralität ist hier nicht gegeben.“ Er riet allen Betroffenen, auch den kleinsten Schaden zu melden, damit dieser schon einmal aktenkundig sei.

SPD-Landtagsabgeordneter René Schneider brachte seinen Vorschlag ins Spiel, dass man den Beitritt zu einer „Schiedsstelle ohne Wenn und Aber“ im Rahmenbetriebsplan, der am Ende des Verfahrens beschlossen wird, verankern sollte. Die Beauftragung eines Gutachtens auf eigene Rechnung und die Anwaltskosten seien für viele Grundstückseigentümer finanziell nicht tragbar.

Die Stadt Rheinberg war durch ihren Dezernenten Dieter Paus vertreten. Er wies die Kritik zurück, dass bei einem ersten Termin im November, bei dem die Eckpunkte für weitere Untersuchungen definiert wurden, die Kommunen zu wenig den Aspekt Hochwassergefährdung und -schutz thematisiert hätten. „Es wird noch viele Gutachten geben. Dann werden wir sehr genau hinschauen.“

